4. Steht der Beschluß, das Hauptverfahren wegen Unterlassung der Anzeigenerstattung von einem beabsichtigten Verbrechen der in § 139 St.G.B.'s bezeichneten Art gegen einen Angeklagten nicht zu eröffnen, während gleichzeitig wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen gegen denselben Angeklagten das Hauptverfahren eröffnet wurde, der Stellung einer Hilfsfrage an die Geschworenen aus § 139 St.G.B.'s für den Fall der Verneinung der Frage wegen der Anstiftung im Wege?
St.G.B. § 139.

St.P.D. §§ 209. 210.

I. Straffenat. Ur. v. 4. November 1895 g. A. Rep. 3309/95.

I. Schwurgericht Augsburg.

Aus den Gründen:

Gegen die Eheleute A. war das Hauptverfahren vor dem Schwurgerichte eröffnet unter der Anklage des Verbrechens der Teilnahme an den Verbrechen der Brandstiftung und des Versuches dazu, wegen deren gegen ihre Dienstmagd S. gleichfalls das Hauptverfahren eröffnet war. Wegen der Anklage aus § 139 St.G.B.'s wurden die Eheleute A. außer Verfolgung gesetzt, weil die Pflicht zur Anzeige

eines beabsichtigten gemeingefährlichen Verbrechens nicht den Teilnehmer an der beabsichtigten Straftat selbst treffe. In der Hauptverhandlung wurden jedoch auf Antrag des Staatsanwaltes gegen den Widerspruch des Verteidigers und unter Belehrung der Angeklagten über die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes Hilfsfragen im Sinne des § 139 a. a. D. für beide Angeklagte gestellt und diese von den Geschworenen unter Verneinung der auf Anstiftung zum Verbrechen der Brandstiftung gerichteten Fragen bejaht.

Die Revision findet in der Stellung dieser Hilfsfragen eine Verletzung des § 210 St.P.D., weil der Beschluß, in dieser Richtung das Hauptverfahren nicht zu eröffnen, längst rechtskräftig gewesen sei und die Voraussetzungen einer Wiederaufnahme der Klage mangelten. . . .

Gemäß §§ 260, 263 St.P.D. war das aburteilende Gericht verpflichtet, den durch die Anklage und das darüber gepflogene Beweisverfahren ihm unterbreiteten Thatbestand nach allen rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen, ohne Beschränkung auf die im Eröffnungsbeschlusse hervorgetretene Rechtsauffassung. Im gegebenen Falle war Gegenstand der Anklage gegen die Eheleute A. die Anstiftung zu den von ihrer Dienstmagd S. begangenen gemeingefährlichen Verbrechen durch Mißbrauch des Ansehens, Überredung u. s. w. In dieser Anklage ist offenbar die Beschuldigung der beiden Eheleute, von dem durch sie selbst vorsätzlich herbeigeführten Vorhaben ihrer Dienstmagd glaubhafte Kenntnis gehabt und die Anzeige unterlassen zu haben, inbegriffen. Eine ausdrückliche Erwähnung dieser Kenntnis und Unterlassung hatte im Eröffnungsbeschlusse keinen Raum, weil diese Umstände für das darin angenommene Verbrechen der Teilnahme bedeutungslos waren; sie begründeten neben ihr keine Strafbarkeit aus dem im Außerverfolgungsbeschlusse angegebenen Grunde.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 3 S. 1.

Demnach war von der Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Anstiftung zu den fraglichen Brandstiftungen auch die Anklage aus § 139 St.G.B.'s umfaßt und das ganze Verhältnis der Eheleute A. zu den Verbrechen der S. dem aburteilenden Gerichte unterbreitet. Fand nun dieses als Wirkung der zwischen jenen Personen in Beziehung auf die Brandstiftung gepflogenen Unterredungen nicht die Willensbestimmung der Thäterin, wie der Eröffnungsbeschlusse angenommen hatte, sondern nur die Bekanntschaft der Angeklagten A. mit

dem verbrecherischen Vorhaben der Thäterin, so wurde hiermit nichts anderes festgestellt, als ein geringerer Grad der nach Zeit und Ort identischen Beteiligung dieser Angeklagten an den nämlichen Verbrechen der S. Daß noch das Erfordernis der Anzeigeunterlassung hinzutreten mußte, um diese geringere Beteiligung, die bloße Mitwissenschaft, strafbar zu machen, hob die Identität des der Beurteilung unterstellten Gesamtvorganges nicht auf.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 14 S. 78, Bd. 21 S. 78.

Diese Auffassung entspricht dem Gesetze, das sonst die Änderung der Klage je nach den veränderten Ergebnissen des Hauptverfahrens nicht zulassen könnte (§ 264 St.P.D.), und liegt offenbar auch dem Urteile zu Grunde, das sonst neben der Verurteilung aus § 139 auch die Freisprechung von der Anklage der Teilnahme durch Anstiftung enthalten würde. Endlich scheint die Revision selbst ihre Richtigkeit nicht bestreiten zu wollen, da sie sich nicht über die Unterlassung dieser Freisprechung, sondern nur über die Fragestellung beschwert und sich dabei ausschließlich auf die Rechtskraft des Beschlusses auf Außerverfolgungsetzung und den Mangel von Wiederaufnahmegründen stützt.

Allein jener Beschluß war neben dem Eröffnungsbeschlusse nicht rechtswirksam, da dieser den ganzen Anlagestoff erfaßt und der Entscheidung des erkennenden Schwurgerichtes überliefert hatte, das in Erfüllung seiner Pflicht, nach § 263 St.P.D. den Thatbestand auch mit den im Hauptverfahren zu Tage getretenen Modifikationen nach allen rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen, nicht beschränkt werden konnte. Er konnte auch nicht Rechtskraft erlangen, weil ihm die gleichzeitige Eröffnung des Hauptverfahrens den Inhalt entzog.

Vgl. Rechtspr. des R.G.'s in Straff. Bd. 4 S. 326, Bd. 6 S. 741.

Die Revision war somit zu verwerfen.